Frankfurter Studien zum Datenschutz 64

Spiecker gen. Döhmann | Westland | Campos (Hrsg.)

Demokratie und Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert – zur Macht des Digitalen

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Frankfurter Studien zum Datenschutz

Veröffentlichungen der Forschungsstelle
für Datenschutz an der Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Herausgegeben von
Prof. Dr. Dr. h.c. Spiros Simitis
Prof. Dr. Indra Spiecker genannt Döhmann, LL.M.

Band 64

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Indra Spiecker gen. Döhmann
Michael Westland | Ricardo Campos (Hrsg.)

Demokratie und Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert – zur Macht des Digitalen

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Bei diesem Band handelt es sich um eine Gemeinschaftsproduktion zwischen dem Lehrstuhl von Prof. Dr. Indra Spiecker genannt Döhmann und der Democratic Futures Foundation, sowie deren Geschäftsführer Dr. Michael Westland.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

1. Auflage 2022

© Die Autor:innen

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7483-8
ISBN (ePDF): 978-3-7489-3274-1

DOI: https://doi.org/10.5771/9783748932741

Onlineversion
Nomos eLibrary

Dieses Werk ist lizensiert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vorwort

‚Big Data', 'Fake News', „Bots", Filterblasen, ‚Micro-Targeting' - dies sind nur einige der Schlagwörter, die in der Debatte über die politischen Begleiterscheinungen der Digitalisierung omnipräsent sind. Spätestens seit 2016 mit Donald Trump in den USA und 2018 mit Jair Bolsonaro in Brasilien scheinbar vollkommene Außenseiter, u.a. mit Hilfe von ausgefeilten, datenbasierten Social-Media-Kampagnen, zu Präsidenten bedeutender und vermeintlich stabiler Demokratien gewählt wurden, scheint die transformative Kraft des Digitalen auch auf der großen politische Bühne nachgewiesen worden zu sein – Cambridge Analytics wurde fassbar, real und, spätestens mit dem Sturm auf das Kapitol nach der Abwahl existenziell bedrohlich. Entsprechend laut sind die Rufe nach Regulierung des digitalen Raumes, nach staatlichen Gestaltungsmodellen. Kaum ein Staat, kaum ein Ministerium, welches nicht Digitalisierungsbeauftragte einsetzt. Kaum ein Parlament, welches nicht über den Einfluss der großen Social Media Plattformen, die Gefahren russischer Hacker, chinesischer Socialscores oder über die wirtschaftlichen Konsequenzen einer datengetriebenen Welt diskutiert. Umgekehrt wird aber auch immer wieder hochgehalten, dass die Digitalisierung und damit unauflösbar verbunden das Internet zur Selbstermächtigung der Bürger/innen beitragen, dass der Kontakt zwischen Wahlvolk und Abgeordneten näher, direkter, konkreter geworden sei.

Die große Komplexität des Phänomens „Digitalisierung" mit seinen technologischen, soziologischen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Komponenten geht einher mit einer Vielzahl nebeneinander stehender Debatten in den diversen Disziplinen und der Öffentlichkeit. Diese Kakophonie verlangsamt und erschwert die Beantwortung der beiden, unserer Auffassung nach für die liberale Demokratie zentralen Fragestellungen: Welche tatsächlichen und potentiellen Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Demokratie? Wie kann die rechtliche und ggf. politische Struktur liberaler Demokratien angepasst werden, um die großen Chancen online- und datengetriebener Kommunikation und Entscheidungsfindung zu realisieren, ein demokratisches „level-playing field" zu bewahren und gleichzeitig zu verhindern, dass dieser neue digitale öffentliche Raume für Desinformation, Manipulation und Repression genutzt wird - innerhalb des Nationalstaates und darüber hinaus?

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der vorliegende Band zielt darauf ab, mit allen notwendigen Beschränkungen, einen interdisziplinären Überblick über Problemstellung und mögliche Lösungsansätze zu liefern.

Liberale Demokratie fußt im Kern auf dem Konzept einer Bevölkerung, die in freier öffentlicher Debatte mit sich selbst politische Lösungen entwickelt und immer wieder aufs Neue hinterfragt und anpasst - alles unter der Maßgabe des Schutzes individueller Bürger- und Freiheitsrechte. Kompromiss und die Verheißung auf stete Einflussnahmemöglichkeit gehören zwangsläufig dazu, ebenso wie Minderheitenschutz und Toleranz. Dreh- und Angelpunkt dieses Demokratieverständnisses ist ein Konzept von Öffentlichkeit, das auf der freien öffentlichen Meinungsbildung basiert.

Im ersten Abschnitt des vorliegenden Bandes beschreiben der Informatiker Johannes Buchmann, der Politikwissenschaftler Thorsten Thiel und der Soziologe Carsten Ochs aus unterschiedlichen Blickwinkeln, wie sich das etablierte Konzept der Öffentlichkeit im Lichte der Digitalisierung wandelt und wie hierdurch unser Verständnis von Demokratie herausgefordert wird.

Der zweite Abschnitt dient dazu, einige wesentliche, aber außerhalb der jeweiligen Disziplinen meist nur unzureichend verstandene Teilaspekte der Funktionsweise von Digitalisierung vertieft zu erörtern. Nach einer Beschreibung der Funktion und Verantwortung von Plattformen als Informations-Intermediäre durch den Juristen Gerald Spindler erläutern die Datenwissenschaftler Frauke Kreuter und Rubens Bach, wie der Einsatz von (Online)daten im wirtschaftlichen und politischen Prozess konkret funktioniert. Wie können welche Daten erhoben und verknüpft werden, welche Rückschlüsse auf persönliche und politische Vorlieben Einzelner lassen sich dadurch gewinnen (oder eben nicht) und wie kann dies zur Ausspielung von politischem Messaging genutzt werden? Im darauffolgenden Beitrag analysieren der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber und Nils Leopold aus datenschutzrechtlicher Sicht, welche Personalisierung durch Profiling, Scoring und Microtargeting möglich ist, wie diese Verfahren funktionieren und was dies für die Demokratie bedeuten kann, beispielsweise die Möglichkeit der „gezielten Manipulation der öffentlichen Meinung, ohne dass dies von den nicht adressierten Teilen der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann“.

Da die Entscheidung darüber, welche/r Social-MediaNutzer/in welche Inhalte und damit welchen Teilausschnitt der digitalen öffentlichen Debatte angezeigt bekommt, in wesentlichem Umfang von Algorithmen der Künstlichen Intelligenz (KI) entschieden wird, widmet sich diesem Thema, der KI-getriebenen Kuratierung von Inhalten in Sozialen Medien sowie regulativen Antworten, der Jurist und KI-Spezialist Christian Djefall,.

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Den rechtlichen Schwerpunkt des Bandes bildet der dritte Abschnitt. Wie kann es aus verfassungsrechtlicher Sicht gelingen eine Konkordanz zwischen Meinungsfreiheit, dem Schutz persönlicher Daten, der Vermeidung von Hate Speech und Desinformation und schließlich der effektiven Datennutzung im Sinne einer effizienten, wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Verwaltung zu ermöglichen (Astrid Epiney)? Sollte unser Modell von Rundfunkfreiheit und -regulierung - geschaffen für eine Konzeption öffentlicher Meinungsbildung primär durch Großorganisationen (Parteien, Presse, Rundfunk) in der stärker in Großgruppen strukturierten Industriegesellschaft (organisationsbasierte Öffentlichkeit) - auf die gänzlich andere und individualistischere Form der Meinungsbildung mit Hilfe von Computernetzwerken angewandt oder doch grundsätzlich neu gedacht werden (Thomas Vesting)?

Wie kam es zur Entwicklung eines der wesentlichen innovativen Regulierungsansätze, des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, und was sind seine Auswirkungen und seine Zukunft (Alexander Peukert)? Es folgt eine Vorstellung und Kritik des Kommissionsentwurfs des europäischen Digital Services Act (Johannes Buchheim), bevor der Landesdatenschutzbeauftragte von Baden-Württemberg, Stefan Brink mit Kira Vogt, hinterfragt, inwieweit die Datenschutzgrundverordnung ein demokratisches „Level Playing Field" zu schaffen vermag.

Den vierten Abschnitt bildet eine Case Study zu Brasilien. Aufgrund der sehr hohen Social-Media Nutzung des 210 Millionen-Einwohner-Landes bei einer minimalen Regulierung war Brasilien sehr früh ein Labor für das Potential des Digitalen in der öffentlichen Meinungsbildung. Im ersten Beitrag des Abschnitts beschreiben die Sozialwissenschaftler Marco Aurelio Ruediger und Amaro Grassi von der FGV Rio de Janeiro die Mechanismen, mit denen es Rechtspopulisten Jair Bolsonaro, der jahrzehntelang unscheinbar gewesen war, 2018 gelang, ohne etablierte Partei den Wahlsieg in der größten Demokratie Lateinamerikas zu erringen. Nach dieser politikwissenschaftlich-empirischen Betrachtung, analysiert der Jurist Ricardo Campos von der Universität Frankfurt a.M./LGI den regulativen Rahmen Brasiliens, welcher die zuvor beschriebenen Entwicklungen in dieser Form erst ermöglich hat, anhand der Haftung der Intermediäre und erörtert sodann die diversen, zum Erscheinungszeitpunkt nach andauernden Reformdebatten.

Der abschließende fünfte Abschnitt weitet den Blick. Sollte die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft weiter auf internationaler Ebene voranschreiten, ohne dass sich einzelne Gesellschaften wieder stärker hinter nationale Firewalls zurückziehen - was die Herausgeber dieses Bandes nicht als wünschenswert erachten - , so stellen sich gewichtige

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Fragen für die Zukunft der Demokratie. Wie kann das demokratische level playing field unter Wahrung von individuellen Rechten geschützt werden, wenn die technologische Architektur des digitalen öffentlichen Raumes nicht zuvörderst nationalstaatlich verankert ist - und somit nicht auf der Ebene angesiedelt ist, auf der politische Teilhabe weiterhin primär organisiert wird? Wie gehen Demokratien mit den Einflußnahmeversuchen autoritärer Staaten um, sei es durch digitale Eingriffe in Wahlkämpfe und öffentliche Meinungsbildung, sei es durch den Export autoritärer Regulierungskonzepte?

In ihrem Beitrag widmen sich Marco Almada, Andrea Loreggia, Juliano Maranhao und Giovanni Sartor aus Florence, Brescia, Bologna und Sao Paulo der supranationalen *governance* der Informationsgesellschaft vor allem am Beispiel der KI-gestützten Content Moderation und Haftung Sozialer Netzwerke zwischen eCommerce Directive und Digital Service Act, auf dem Weg zu einem europäischen *digital constitutionalism*.

Doch das Neudenken der Demokratie unter Bedingungen der Digitalisierung steht noch vor einer weiteren Herausforderung. Autoritäre Staaten exportieren ihr Model der Nutzung und Regulierung des Digitalen, teils durch Technologie-Export, teils durch Bestrebungen, die Setzung neuer internationaler Standards in ihrem Sinne zu fördern. Der Beitrag der Freiburger Politikwissenschaftlerin und China-Expertin Julia Gurol skizziert hierzu exemplarisch den chinesischen Vorstoß in den digitalen Raum im Bereich Technologieexport und Internetregulierung und stellt die Herausforderungen für liberale Demokratien dar, diesen Tendenzen stärker eigene Modelle entgegenzusetzen.

Diese Aufgabe, für die demokratischen Staaten, eine gemeinsame, an den individuellen Menschenrechten westlicher Prägung orientierte Gestaltung des digitalen Raumes zu schaffen und im Wettbewerb mit autoritären Staaten die Ausbreitung ihres, an Überwachung und Repression orientierten, anti-individualistischen Modells zu verhindern, stellt eine der grundlegenden internationalen Herausforderungen zum Schutz der Demokratie dar. Dieses bedarf eines weiteren Bandes.

Zum Abschluss skizziert Matthias Kettemann Perspektiven übernationaler Plattform- und KI-Regulierung am Beispiel der UNESCO-Empfehlungen zur Governance künstlicher Intelligenz.

Dieser Sammelband ist ein Kooperationsprojekt von Ricardo Campos, Goethe Universität Frankfurt a.M./Legal Grounds Institute, Sao Paulo, Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmann LL.M., Professorin für Öffentliches Recht, Informations-, Umweltrecht und Verwaltungswissenschaft, Goethe Universität Frankfurt am Main, und Dr. Michael Westland, Gründer und Geschäftsführer des Think Tanks Democratic Futures Foundation.

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Gründung dieses Thinktanks im Jahr 2021 gab – auf der Basis in Brasilien erfolgten intensiven Austauschs – einen wesentlichen Anstoß, diesen Band zu entwickeln.

Der Dank der Herausgeber gilt zunächst den Autor/innen, die sich neben ihren vielfältigen Verpflichtungen innerhalb ihrer Disziplinen auf diesen interdisziplinären Band eingelassen haben.

Herzlich bedanken möchten wir uns zudem bei KASTEL, Institut für Informationssicherheit und Verlässlichkeit am Karlsruher Institut für Technologie, und der Forschungsinitiative Contrust - Vertrauen im Konflikt, für deren großzügige Förderung und Unterstützung, ebenso wie dem Open Access Publikationsfonds der Goethe Universität Frankfurt a.M., auf dessen Hilfe wir unbürokratisch und schnell zugreifen durften. Schließlich ist auch der Nomos-Verlag für uns ein immer offener, flexibler und unterstützender Medienpartner. So konnten wir – ganz im Zeichen der Digitalisierung und des Erhalts eines möglichst breiten öffentlichen Raums mit Zugänglichkeit für jeden– auf dem Wege des Open Access publizieren.

Indra Spiecker gen. Döhmann
Michael Westland
Ricardo Campos

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Inhalt

Demokratie und Öffentlichkeit im Digitalen Zeitalter 15
Johannes Buchmann

Der digitale Strukturwandel von Öffentlichkeit:
Demokratietheoretische Anmerkungen 41
Thorsten Thiel

The Digital Public and its Problems:
Komplexität, Verfahren und Trägerschaft als rekursive
Konstitutionsprobleme einer digitalen Problemöffentlichkeit 57
Carsten Ochs

„Funktion und Verantwortung von Plattformen als Informations-
Intermediäre“ 75
Gerald Spindler

Big Data in einer digitalisierten, datengestützten Demokratie 127
Ruben Bach, Frauke Kreuter

Personalisierung durch Profiling, Scoring, Microtargeting und
mögliche Folgen für Demokratie
– Funktionsweisen und Risiken aus datenschutzrechtlicher Sicht 149
Ulrich Kelber, Nils Leopold

Soziale Medien und Kuratierung von Inhalten.
Regulative Antworten auf eine demokratische Schlüsselfrage 177
Christian Djeffal

Demokratie und Rechtsstaat im digitalen Zeitalter im Spiegel der
verfassungsrechtlichen Vorgaben 199
Astrid Epiney

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Direkt zu den Leuten.
Die funktionale Interpretation der Rundfunkfreiheit und die neuartige Environmentalität intelligenter Computernetzwerke 205
Thomas Vesting

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz:
Entwicklung, Auswirkungen, Zukunft 229
Alexander Peukert

Der Kommissionsentwurf eines Digital Services Act
– Regelungsinhalte, Regelungsansatz, Leerstellen und Konfliktpotential 249
Johannes Buchheim

Die Datenschutz-Grundverordnung als demokratisches Level Playing Field? 273
Stefan Brink, Kira Vogt

Polarization Presidentialism.
How social media reshaped Brazilian politics: a case study on the 2018 elections 283
Marco Ruediger, Amaro Grassi

Die Transformation der Haftung der Intermediäre in Brasilien:
zwischen Öffentlichkeit und Privatheit 299
Ricardo Campos

Opportunities and Limits of European Social Network Regulation 327
Marco Almada, Andrea Loreggia, Juliano Maranhão, Giovanni Sartor

Autoritäre Modelle der Internetregulierung:
Chinas Vorstoß in den digitalen Raum und Implikationen für liberale Demokratien 353
Julia Gurol

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Datenherrschaft und Kommunikationsgovernance als Demokratieschutz:
Perspektiven auf die Plattform- und KI-Regulierung der Demokratien 367
Matthias C. Kettemann

Autorenverzeichnis 373

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783748932741-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY